

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Preis pro Stelle
Rz. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 272.

Donnerstag, 23. November 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch die Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kapankenstraße 50. — Für die Redaction verantwortlich: Herrm. Schmidt in Riesa.

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

Mittwoch, den 29. November 1893, Nachmittags 3 Uhr

im Verhandlungslokal der Königl. Amtshauptmannschaft.

Die Tagesordnung hängt im Kammerzimmer der Kanzlei zur Einsichtnahme aus.
Großenhain, am 21. November 1893.

Die Königl. Amtshauptmannschaft.

A. 275.

J. B.: von Gruben.

Im Gehöfte des Hotels zum „Kronprinz“ hier sollen

Sonnabend, den 25. November 1893,

Vorm. 10 Uhr,

ein großer **Warenschrank** und ein **Kleidersecretär** gegen sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden.

Riesa, 21. Nov. 1893.

Der Ger.-Vollz. des Kgl. Amtsger.
Cdr. Sibam.

Tagesgeschichte.

Das Hinterland von Kamerun, um das Deutsche, Franzosen und Engländer sich bewerben und dessen Besitz zum allergrößten Theil auf dem Papier besteht, auf welchem man mit Rechtigkeit mit einigen reichen Strichen Länder vertheilen kann, die mindestens so groß wie Europa sind, dieser problematische Besitz also auf dem schwarzen Continente ist jetzt wiederum durch ein neues Abkommen zwischen Deutschland und England zur Vertheilung gelangt. — Kamerun ist eine deutsche Besitzergreifung, denn keine andere Nation wollte den um seines schlechten Klimas und Bodens willen übel beleumundeten Landstrich haben. Wir aber waren die genüglichen Deutschen, und als unsere großen Afrikasforscher, wie Barth, Meißner, Nachtigall und Fiebigel von Kamerun weit ins Hinterland nach allen Seiten vorgezogen waren und uns Nachrichten brachten über fruchtbare Gegenden und betriebene Handelsstädte, da fanden sich plötzlich von Süden und Osten auch andere Nationen ein. Die Engländer und Franzosen nahmen auch schleunigst Besitz von afrikanischen Gebieten und so entstanden auf den Stellen, die bisher von keinem Europäer Fuß noch betreten waren, sehr bald sog. Interessensphären der Engländer und der Franzosen, die unserem Vordringen ein Halt entgegensetzten. — Das ließ sich nun nicht ändern. Das deutsche Gebiet war im Westen von der englischen Niger-Compagny und im Südwesten vom französischen Congo bedroht. Man konnte nichts weiter thun, als das deutsche Interessengebiet gegen Angriffe seitens der Engländer und Franzosen durch Grenzbestimmungen sicher zu stellen. — Mit England sind seit dem Jahre 1886 nicht weniger als vier Vereinbarungen zu diesem Zweck geschlossen worden, ohne das erwähnte Ziel zu erreichen. Der Schwerpunkt lag in dem Abkommen vom 27. Juli 1886, welches die Grenzlinie bis gegen Jola führte und diese Stadt, den Hauptort von Adamaua, der englischen Interessensphäre zuwies. Während Deutschland mit seinen beschränkten Mitteln sich bemühte, an der Küste sich festzusetzen und mit schweren Opfern von dort in das Innere vorzudringen, war es England, das durch das Abkommen von 1886 den von dem Deutschen Fiebigel erschlossenen Niger in seine Gewalt erhalten hatte, leicht geworden, sich mittelst der Niger-Compagny an dem Venus festzusetzen und von Jola aus seine Herrschaft zu erweitern. Die Ausdehnungen der Niger-Compagny und die Tendenz der 1886 über Jola hinausgezogenen Grenzlinie gingen dahin, Deutschland von dem Tschadsee auszuschließen, dessen Erwerb in der öffentlichen Meinung, und zwar nicht bloß von den colonialen Kreisen, als ein Kraftmesser der deutschen auswärtigen Politik betrachtet und bezeichnet wurde. — Das jetzt geschlossene Abkommen bringt nun endlich England gegenüber Ruhe hinsichtlich der beiderseitigen Interessensphären. Zieht man die Summe dieses Abkommens, so ergibt sich, daß die bereits im Jahre 1885 den Engländern preisgegebene Stadt Jola denselben endgiltig zugesprochen und ihnen somit eine herrschende Stellung im ganzen Flußgebiet des Niger und des Venus für immer gewährt ist. Uns sind hier nur einige Landstriche von untergeordnetem Werth von der Einmündung des Faro am Venus-Fluß stromaufwärts verblieben. Freilich ist hier die Handelsstadt Kanna gelegen, die nach den neuesten Mittheilungen des Herrn v. Stetten an Bedeutung für den Handel Jola noch bei Weitem übertreffen soll. — Dafür haben wir andererseits das Recht erhalten, unseren Besitz über das fruchtbare Adamaua und bis an die Südküste des Tschadsees auszudehnen. Das Anrecht auf den Tschadsee ist freilich einstweilen noch Zukunftsmusik, denn das Land, das zum See führt, müssen wir uns erst erobern. Immerhin ist der Abschluß des Abkommens mit England insofern ein Erfolg, als ein magerer Vergleich immer besser ist, wie ein fester Prozeß.

Deutsches Reich. Das Präsidium des Reichstags,

die Herren v. Levetzow, Freiherr Duol v. Berenberg und Dr. Bürtlin, wurden vorgestern Mittag 1 Uhr im Neuen Palais bei Potsdam vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen. Der Monarch begrüßte die Herren auf das Freundlichste und freute sich über die Wiederwahl derselben. Mit Herrn v. Levetzow sprach der Kaiser, in Anknüpfung an die nächste Tagesordnung, von den Handelsverträgen und auch über die Unterhandlungen wegen eines Handelsvertrages mit Rußland, welcher nicht so schnell zu Stande zu bringen sei, als vielleicht vielfach gewünscht werde. Den Freiherrn von Duol fragte Se. Majestät nach dem Ausfall der Weimerte, und auf dessen Erwiderung, daß sie besser hätte sein können, bemerkte der Kaiser launig, daß man wohl klage, weil die Weimerte in Sicht sei. Herr Dr. Bürtlin beglückwünschte der Kaiser wegen der am Karlsruher Hoftheater bewirkten Aufführung eines Julius Verlorenz'schen Opers, wozon ihm sehr viel Böbliches erzählt worden sei. Politische Fragen wurden im Uebrigen nicht gestreift. Der Kaiser gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen des Reichstages geschicklichen Fortgang nehmen und verabschiedete die Herren mit freundschaftlichem Händedruck. Unmittelbar darauf wurde das Präsidium auch von der Kaiserin empfangen.

Der Reichsanwalt bemerkt über die Unterhaltung, die der Reichskanzler im Oktober d. J. mit dem Abg. Freiherrn von Manteuffel gehabt hat, daß die Blätter dieselbe dem Wortlaut wie der Tendenz nach falsch wiedergeben. Der wesentliche Inhalt und der Verlauf der Unterhaltung war nach dem amtlichen Blatt vielmehr der folgende: „Nachdem Herr v. Manteuffel sich nach den Absichten der Regierung in Bezug auf die Arbeiten des kommenden Reichstags erkundigt hatte, erklärte der Reichskanzler, daß die verbündeten Regierungen und die preussische Regierung bereit wären, für die Landwirtschaft zu thun, was sie könnten, und erwähnte bei dieser Gelegenheit z. B. die Novelle zum Gesetz über den Unterhaltungswohnort und die Einrichtung von Landwirtschaftskammern in Preußen. Am Anschluß hieran gab der Reichskanzler der Ansicht Ausdruck, daß damit allerdings eine durchgreifende Hilfe nicht gegeben sei, und erklarte sich dann, wie es mit dem unter Mitwirkung des Herrn von Manteuffel innerhalb der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch unternommenen Versuch, das Agrarrecht zu reformiren, stehe. Weiter bemerkte der Reichskanzler, daß er in der Verhandlung durch Erhebungen und in der zeitweise über den realen Werth hinausgegangenen Erörterung der Güterpreise einen wesentlichen Grund für die gegenwärtige Kalamität zu erkennen glaube. Zu stark verminderte Besitz würden sich auch unter Einschränkungen auf die Dauer nicht halten können. Der Reichskanzler gab, ebenso wie in der Sitzung des Reichstags vom 10. Dezember 1891, zu erkennen, daß er dies als eine sehr trauerliche Perspektive betrachten würde. Weder Wortlaut noch Sinn seiner Äußerungen würden zu einer anderen Auffassung berechtigt haben. Die Unterhaltung ist von beiden Seiten in wohlwollendem Tone zu Ende geführt worden. — Herr v. Manteuffel giebt zur Sache folgende Darstellung: „Nach einer Bemerkung über die schlechte Ernte des laufenden Jahres und die unverhältnismäßig niedrigen Preise gab ich der Versicherung Ausdruck, daß ein großer Theil der Landwirthe die Hypothekenzinsen nicht würde bezahlen können. Der Herr Reichskanzler erwiderte darauf etwa Folgendes: Nur wenn die Güterpreise auf ein Niveau zurückgingen, welches dem derzeitigen Werthe des Grund und Bodens und seiner Ertragsfähigkeit entsprächen, könnte die Landwirtschaft wieder gesund sein. Deshalb würden seiner Ueberzeugung nach nur die Landwirthe, denen es klar wäre, daß sie zu theuer gekauft, bezw. das Gut in der Erbschaft zu hoch angenommen hätten und sich dazu entschließen, den Grundwerth ihres Gutes und seine Ertragsfähigkeit niedriger einzuschätzen, als bisher, und demzufolge billiger zu wirtschaften und zu leben, in

Zukunft sich halten können. Denen aber, die hierzu der Höhe ihrer Verschuldung wegen außer Stande seien, könne — zu seinem Bedauern — eben nicht geholfen werden.“

Gegenüber der Nachricht, Prinz Pedro von Brasilien, Sohn des Grafen d'Eu, sei am Montag mit einem Gefolge von 25 Personen und vielem Gepäck nach Saint Nazaire abgereist, angeblich um sich nach Brasilien einzuschiffen, meldet das Wiener „Freundenbl.“, daß sich Prinz Pedro Alcantara in Wiener-Neustadt befinde.

Aus dem demnächst erscheinenden Buche von Dr. Hans Blum „Das deutsche Reich zur Zeit Bismarcks“ wird jetzt in einigen Blättern das Kapitel über Fürst Bismarcks Rücktritt mitgetheilt. Es enthält indes keine einzige neue Einzelheit, sondern ist eine Zusammenstellung der Angaben, welche im Laufe der Zeit in die Presse gekommen.

Italien. In Rom hat sich kürzlich ein ständiges Komitè gebildet, das die „Versöhnung“ Italiens mit Frankreich anstrebt und an dessen Spitze die Herren Bonghi und Menotti Garibaldi stehen. Die Franzosen werden sich solche „Versöhnungs“-Versuche wohl gefallen lassen; denn das Scheitern ihrer Eitelkeit, insbesondere wenn es in einer Form geschieht wie von Seiten des italienischen Versöhnungskomitès. Wie berichtet wird, gehört jenem Komitè auch eine gewisse Anzahl von Senatoren und Deputirten an; vermuthlich sind das dieselben Herren, die auch an der von den Herren Dr. Barth, Mikert, Baumhach u. lebhaft unterstützten, interparlamentarischen Friedenskonferenz sich beteiligt hatten. Man wird indessen auf die Früchte der italienischen Versöhnungsaktion ebenso vergeblich zu warten haben, wie man auf die Erfolge der „interparlamentarischen“ Friedensbestrebungen vergeblich wartet.

Amerika. Die innere Politik der Vereinigten Staaten ist zur Zeit und wird noch auf lange hinaus von den Folgen der Aushebung der Sherman-Bill beherrscht werden. Durch Aushebung der genannten Bill ist das Währungsproblem jenseits des Ozeans nicht gelöst, sondern eher noch dringender gestaltet worden. Als erschwerend für die schnelle Ueberwindung der Währungs- und Währungsschwierigkeiten kommt der Umstand hinzu, daß auf dem geschäftlichen Leben im ganzen Umfange der Union ein Druck lastet, der jeden Aufschwung, Hinstand, den Unternehmungsgeliste lähmt und den Arbeitsmarkt mit dem Angebot nothgedrungen feiernder Hände überflutet. Das Ergebnis der kürzlich vorgenommenen einzelstaatlichen Legislatur-Wahlen, welches den Republikanern günstig war, spiegelt den Muthwilligen breiter Volksschichten mit den gegenwärtigen miltigen Erwerbsverhältnissen zetreulich wieder. Auf den Gang der Unionspolitik bleibt der republikanische Wahlsieg in den Einzelstaaten zwar zunächst ohne directen Einfluß, weil dort die in beiden Häusern des Congresses herrschende demokratische Mehrheit ausschlaggebend ist; aber ganz und gar wird der Congressparlamentarismus für die Berücksichtigung des Stimmungsumschlages, den die einzelstaatlichen Legislaturwahlen bekunden, doch nicht wohl entziehen können. Sind doch unter den für die Republikaner abgegebenen Wahlstimmen eine ganze Masse demokratischer „silvermon“-Leute, die durch ihr republikanisches Tadel über den Eindruck quittirt haben, den die Aushebung der Shermanbill auf sie hervorgebracht. Die anfängliche Enschlossenheit der Demokraten, dem durch die Mac Kinley-Bill repräsentirten Hochzollsystem energisch zu weichen, geht, erscheint angesichts des Erstarkens der Mac Kinleyfreundlichen republikanischen Strömung schon merklich abgewandelt. Es dürfte sich daher den an dem amerikanischen Geschäft interessirten europäischen Industrien empfehlen, nicht zu fest auf einen baldigen und gründlichen Umschwung der amerikanischen Zollpolitik zu rechnen.